

## Niederschrift

**über die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am  
Mittwoch, 02.03.2011 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller    SPD

### stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 IIa der Satzung für das Jugendamt

|                           |                      |
|---------------------------|----------------------|
| Frau Sabine Kittel        | BA/CDf               |
| Herr Dr. Stephan Lipski   | CDU                  |
| Herr Manfred Böhm         | SPD                  |
| Herr Christoph Bosbach    | SPD                  |
| Frau Martina Reuter       | FDP                  |
| Frau Gabriele Lewe        | BA/CDf               |
| Frau Anne Gronemeyer      | Bündnis90/Die Grünen |
| Frau Angelica Niederquell | dUH                  |

### Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

|                          |                                 |
|--------------------------|---------------------------------|
| Frau Gabriele Amthor     | Kinderschutzbund                |
| Herr Hans Delcuve        | ev. Kinderheim e.V.             |
| Frau Elisabeth Knebel    | AWO                             |
| Frau Anne-Margarete Pütz | kath. Kirche                    |
| Herr Siegfried Wagner    | Paritätischer Wohlfahrtsverband |
| Herr Carsten Wannhof     | KJG                             |

### Beratende Mitglieder

|                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| Herr Monsignore Ulrich Hennes | kath. Kirche           |
| Frau Petra Hörauf             | Arbeitsagentur         |
| Herr Jens-Peter Kröger        | Amtsgericht Langenfeld |
| Frau Dagmar Potschien         | Ferd.-Lieven-Schule    |
| Frau Nina Pütter              | ev. Kirche             |
| Herr Karl-Heinz Rädisch       | Helmholtz-Gymnasium    |

### Gäste

Herr Friedhelm Burchartz    Freie Liberale

### Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke  
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete  
Frau Noosha Aubel  
Herr Ulrich Brakemeier  
Herr Roman Kaltenpoth  
Herr Dirk Schatte  
Frau Birgit Schimang  
Herr Friedhelm Topp  
Herr Achim Hendrichs  
Frau Kirsten Max

## Beiräte

Frau Helga Bruch

Frau Hafssa El-Hasbouni

Behindertenbeirat

Integrationsrat

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 1  | Befangenheitserklärungen   |                       |
| 2  | Bestellung eines Schriftführers und Stellvertreters  | WP 09-14 SV<br>51/105 |
| 3  | Änderung der "Jugendamtssatzung der Stadt Hilden"  | WP 09-14 SV<br>51/108 |
| 4  | Optimierung der Essensverpflegung an den städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen in Hilden                            | WP 09-14 SV<br>51/090 |
| 5  | Kindergartenplanung der Kath. Kirche, hier: Vertrag zur Sonderfinanzierung der kath. Kindertageseinrichtung "St. Elisabeth"    | WP 09-14 SV<br>51/110 |
| 6  | Einrichtung von 3 Erzieherstellen für die städt. Kindertageseinrichtung "Mäusenest", 2. Gruppe                                 | WP 09-14 SV<br>51/093 |
| 7  | Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Zeitraum 2011-2014   | WP 09-14 SV<br>51/109 |
| 8  | Auswahl eines Familienzentrums für das Kindergartenjahr 2011/2012  | WP 09-14 SV<br>51/098 |
| 9  | Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Außenanlage des Familienzentrums "Mühle" e.V., Mühle 20                         | WP 09-14 SV<br>51/099 |
| 10 | Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Hildener Familienberichtes; hier: Implementierung eines kommunalen Familienmanagements | WP 09-14 SV<br>51/104 |
| 11 | Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Familienbericht; hier: Konzept zur Einrichtung eines Familien- und Bildungsbüros       | WP 09-14 SV<br>51/106 |
| 12 | "Trennungs- und Scheidungsberatung" Kontraktanpassung  | WP 09-14 SV<br>51/111 |

|      |   |                       |
|------|---|-----------------------|
| 13   | Bericht Ausbau videogestützter Beratung in der Psychologischen Beratungsstelle  | WP 09-14 SV<br>51/103 |
| 14   | Bildungsnetzwerk Hilden; hier: Konzept zur Förderung besonders begabter Kinder  | WP 09-14 SV<br>51/107 |
| 15   | Abschlussbericht zum Projekt ".lernTUMdenken" - Migration und Teilhabe;<br>Europäisches Jahr 2010 - gegen Armut und soziale Ausgrenzung | WP 09-14 SV<br>51/095 |
| 16   | Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen /Schulhöfen im Stadtgebiet 2011<br>hier: Unterlage nach §14 GemHVO                      | WP 09-14 SV<br>66/066 |
| 17   | Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes<br>hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN                                      | WP 09-14 SV<br>66/054 |
| 18   | Förderung der Jugendarbeit im Hildener Osten - Antrag der FDP-Fraktion vom 1.12.2010  | WP 09-14 SV<br>51/101 |
| 19   | Verbreitung von Freizeitmöglichkeiten in Hilden: Antrag der FDP Fraktion vom 1.12.2010  | WP 09-14 SV<br>51/102 |
| 20   | Haushaltsplan-Entwurf - Änderungen der Verwaltung und der Fraktionen  | WP 09-14 SV<br>51/100 |
| 21   | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen  |                       |
| 22   | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen   |                       |
| 22.1 | Antrag der SPD-Fraktion   |                       |

### **Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung, sowie den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

### **Änderungen zur Tagesordnung**

Es gab keine Änderung zur Tagesordnung.

## Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.

### 1 Befangenheitserklärungen

---

Der Vorsitzende, Herr Schneller, Herr Bosbach und Herr Wagner erklärten sich für die Tagesordnungspunkte 9 und 12 für befangen. Frau Pütz erklärte sich ebenfalls für den Tagesordnungspunkt 12 für befangen.

### 2 Bestellung eines Schriftführers und Stellvertreters

WP 09-14 SV  
51/105

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss bestellt Frau Kirsten Max zur Schriftführerin gemäß § 52 Abs. 1 in Verbindung mit § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Als ihre Stellvertreterin wird Frau Stefanie Walder benannt.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

### 3 Änderung der "Jugendamtssatzung der Stadt Hilden"

WP 09-14 SV  
51/108

---

Frau Kittel fragte nach, ob es inhaltliche Auswirkungen gäbe, wenn der Jugendhilfeausschuss alleiniger Entscheider über die Gewährung von Zuschüssen an freie Träger für Kindertageseinrichtungen sei.

Herr Schneller erörterte hierzu, dass die Voraussetzung für die Entscheidungen im Jugendhilfeausschuss, die Bereitstellung der entsprechenden Mittel sei.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die „Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport der Stadt Hilden“ in der als Anlage beigefügten Fassung.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

### 4 Optimierung der Essensverpflegung an den städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen in Hilden

WP 09-14 SV  
51/090

---

---

Hierzu gab keine Wortmeldungen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Optimierung der Essensverpflegung an den städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen in Hilden zur Kenntnis.

- 5 Kindergartenplanung der Kath. Kirche, hier: Vertrag zur Sonderfinanzierung der kath. Kindertageseinrichtung "St. Elisabeth" WP 09-14 SV  
51/110

Herr Bosbach brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass noch eine einvernehmliche Lösung mit der katholischen Kirche gefunden werden könne. Die Nachforderungen der Kirche dürften kein Hindernis sein. Die Kindergartenbedarfsplanung dürfe nicht gefährdet werden. Es müsse der Kirche daran gelegen sein, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Frau Gronemeyer machte darauf aufmerksam, dass es durchaus Unterschiede in der Beurteilung zwischen dem Erzbistum und der Gemeinde Hilden gäbe. Ihr sei aufgefallen, dass noch vor einer Woche vehement darum gekämpft wurde, möglichst vielen Kindern auch eine katholische Erziehung zukommen lassen zu wollen, darum erstaune es sie nun, dass hier ohne Not eine solche Gelegenheit verworfen würde.

Es müsse doch möglich sein, dass sich beide Seiten einigen, bemerkte Herr Burchartz. Die Verwaltung müsse weiter mit der Kirche reden.

Frau Kittel kritisierte das Vorgehen der katholischen Kirche. Sie würde gerne wissen, inwiefern die Verhandlungen zurzeit aktiv gestaltet würden oder ob es sich um ein schwebendes Verfahren handle.

Monsignore Hennes erläuterte, dass man in Verhandlungen sei und auch Einigungsabsicht bestehe. An dieser Stelle wolle er sich auch für die positive Wertschätzung bedanken. Die katholische Kirchengemeinde sei in einer „Sandwich-Situation“ zwischen der Stadt Hilden, den Vorschriften des KiBiz sowie den Vorstellungen des Erzbistums. Als Träger wolle man das tun, was benannt und erwartet werde. Er wolle betonen, dass man in sehr guten Verhandlungen sei, man sei nur im Hinblick auf die Zeitschiene ins „Stocken“ geraten. Herr Beig. Gatzke habe die Verhandlungen noch einmal aufgenommen und man habe grundsätzlich Übereinstimmung erzielt. Er hoffe, in den nächsten Tagen eine Lösung zu finden.

Herr Beig. Gatzke bestätigte die Ausführung von Herrn Monsignore Hennes. Alle Seiten seien bemüht, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Es sei gut, dass der Pfarrverband, dies auch so sehen würde. Es wäre schädlich, wenn die Verhandlungen nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt werden könnten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die aktuellen Verhandlungen zwischen der Kath. Kirchengemeinde St. Jacobus und der Stadt Hilden zur Sonderfinanzierung einer Kindergartengruppe der Kath. Kindertageseinrichtung St. Elisabeth zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Verhandlungen

gen auf der Grundlage des beigefügten Vertragsentwurfs fortzuführen und nach Beratung im nächsten Jugendhilfeausschuss an den Rat der Stadt zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 6 Einrichtung von 3 Erzieherstellen für die städt. Kindertageseinrichtung "Mäusenest", 2. Gruppe WP 09-14 SV  
51/093

Der Vorsitzende, Herr Schneller, erläuterte kurz, dass diese Sitzungsvorlage auf der Tagesordnung stünde, da der Jugendhilfeausschuss beschlossen hätte, dass bei Bedarf eine zusätzliche Gruppe in der Kita Mäusenest einzurichten sei. Da zum kommenden Kita-Jahr der Bedarf für die über Dreijährigen bestehe, habe die Verwaltung die Einrichtung der zusätzlichen Gruppe, nebst Personal beantragt. Der Personalausschuss habe diesen Antrag abgelehnt.

Die vorliegende Sitzungsvorlage solle die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses jetzt davon in Kenntnis setzen und Gelegenheit geben, darüber abzustimmen, bevor die Sitzungsvorlage in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Rat gehe. Der Beschlussvorschlag soll im ersten Satz wie folgt geändert werden: „Der Rat fasst nach Vorberatung im Personalausschuss, im Jugendhilfeausschuss und Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss“.

Frau Kittel bemerkte, dass sie in der Zwischenzeit Grundlagenarbeit geleistet und fehlende Informationen nachgereicht habe. Sie sei der Ansicht, dass die Entscheidung so ausgefallen sei, weil die Vorgehensweise nicht transparent genug dargestellt gewesen sei.

Frau Kittel gab noch einen arbeitsrechtlichen Hinweis, dass Arbeitsplätze nicht auf drei Jahre befristet werden könnten.

Herr Schneller erläuterte, dass nicht die Arbeitsplätze befristet würden, sondern die Stellen. Er sei davon überzeugt, dass die Verwaltung die personalrechtlichen Fragen korrekt bearbeiten werde.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat fasst nach Vorberatung im Personalausschuss, im Jugendhilfeausschuss und Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Bedarfsorientiert ergibt sich die Notwendigkeit in der städt. Kindertageseinrichtung „Mäusenest“ vom 01.03.2011 bis voraussichtlich 31.07.2014 eine weitere Kindergartengruppe für 25 Kinder im Alter von 3 – 6 Jahren vorzuhalten. Zur Durchführung des gesetzlichen Bildungsauftrages werden insgesamt 104,88 Fachkraft-/Ergänzungskraftstunden benötigt. Der Einrichtung von 3, zunächst bis zum 31.07.2014 befristeten, Erzieher-/Erzieherinnenstellen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei einer Nein-Stimme (duH).

- 7 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Zeitraum 2011- WP 09-14 SV

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Versorgungssituation und zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Kindergartenbedarfsplanung 2011 – 2014 in der vorliegenden Fassung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Kindergartenbedarfsplanung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung (duH) beschlossen.

- |   |  |                       |
|---|--|-----------------------|
| 8 | Auswahl eines Familienzentrums für das Kindergartenjahr<br>2011/2012 | WP 09-14 SV<br>51/098 |
|---|--|-----------------------|

Frau Lewe erkundigte sich, ob aus dem Beschluss Folgekosten entstünden. Hierzu erläuterte Frau Schimang, dass das KiBiz einen Landeszuschuss von 12.000 € jährlich vorsähe, dieser sei zeitlich nicht befristet.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Rangfolge bei der Auswahl einer Kindertageseinrichtung zur Gründung eines Familienzentrums:

1. Kath. Kindertageseinrichtung „St. Christophorus“
2. Kindertageseinrichtung Caritas „St. Jacobus“

Die Verwaltung wird beauftragt, das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend zu informieren und die Fördermittel zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- |   |   |                       |
|---|---|-----------------------|
| 9 | Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Außenanlage<br>des Familienzentrums "Mühle" e.V., Mühle 20 | WP 09-14 SV<br>51/099 |
|---|---|-----------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärten sich der Vorsitzende Herr Schneller, Herr Bosbach und Herr Wagner befangen.

Unter dem Vorsitz von Frau Kittel erkundigte sich Frau Lewe, ob die Außenplanungen komplett von einer Fremdfirma erledigt werden müssten oder ob es nicht möglich sei, diese teilweise durch den städtischen Bauhof erledigen zu lassen und so möglicherweise Kosten zu sparen.

Hierzu erläuterte Herr Hendrichs von der Verwaltung, dass der städtische Bauhof nur

---

für die Unterhaltung und Wartung der Spielgeräte verantwortlich sei. Die Aufstellung der Spielgeräte erfolge nur durch Fachfirmen.

Frau Reuter erkundigte sich danach, ob es nicht möglich sei, die Arbeiten in zwei Bauabschnitte aufzuteilen.

Herr Beig. Gatzke erläuterte hierzu, dass es sich um eine Planung handele, die auch zur Wiederherstellung der Außenanlage führe. Die Planung sei durch das Fachamt geprüft und auch mit anderen Spielplätzen verglichen worden. Bei einer Aufteilung in zwei Bauabschnitte könnten die Kinder nicht über die gesamten Außenanlagen verfügen. Er könne nur abraten, die Bauabschnitte aufzuteilen.

Ob es konkrete Sicherheitsbedenken gäbe, die zu den gewählten Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt geführt hätten, erkundigte sich Herr Dr. Lipski.

Hierzu führte Frau Schimang aus, dass bei einer Betriebsprüfung des Landschaftsverbandes bemängelt worden sei, dass Spielgeräte nicht benutzt werden könnten und zum Teil aus Sicherheitsgründen bereits abgebaut worden seien.

Herr Burchartz fasste zusammen, dass ein Bauabschnitt schon einmal ein Pluspunkt wäre, da die Geräte derzeit ja nicht nutzbar seien und zweitens unterstrich er die Bereitschaft des Trägers 40.000 € dazuzugeben.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich für die Gewährung eines freiwilligen zweckgebundenen städt. Zuschusses in Höhe von höchstens 45.000 € zur Sanierung der Außenanlage des Familienzentrums „Mühle“ e.V. aus. Über die Mittelgewährung ist im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen 2011 zu entscheiden.

#### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung (duH) und einer Nein-Stimme (BA/CDf) beschlossen.

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 10 | Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Hildener Familienberichtes; hier: Implementierung eines kommunalen Familienmanagements | WP 09-14 SV<br>51/104 |
|----|--|-----------------------|
- 

Frau Gronemeyer erinnerte daran, dass der Ausschuss einen Familienbericht in Auftrag gegeben hätte und sich diese Sitzungsvorlage mit dem Inhalt des Berichtes decken würde. Sie denke, dass es nur konsequent sei, die Ergebnisse jetzt auch in dieser Aufgabenstellung enden zu lassen, denn ohne eine weitere Entwicklung in diese Richtung, werde man den Anforderungen nicht gerecht werden können. Sie begrüße den Vorschlag deshalb außerordentlich.

Herr Bosbach ergänzte hierzu, dass er auch der Meinung sei, dass die Ergebnisse des Familienberichtes nun auch den Familien zugutekommen müssten. Insbesondere sei es wichtig, dass die Familien nicht nur in Hilden blieben, sondern auch hinzuziehen würden. Seine Fraktion begrüße dieses Papier deshalb ausdrücklich.

Herr Beig. Gatzke führte aus, dass man den Auftrag zum Konzept eines kommunalen Familienmanagements gegeben habe und dieses jetzt mit der vorliegenden Sitzungs-



---

vorlage realisiert werden könne. Diese Vorlage sei etwas Besonderes. Der Rat positioniere sich damit eindeutig und formuliere ein stadtweites strategisches Ziel. Deshalb werbe er sehr dafür, dass diese Vorlage möglichst einstimmig im Rat beschlossen würde. Diese Vorlage schließe eine wichtige Diskussion, die sie geführt hätten, ab und gebe eine eindeutige Zielrichtung vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, nach Vorberatung durch den Jugendhilfeausschuss, die Implementierung eines kommunalen Familienmanagements.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen, bei einer Enthaltung (DuH)

- 11      Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Familienbericht; hier:      WP 09-14 SV  
Konzept zur Einrichtung eines Familien- und Bildungsbüros      51/106
- 

Frau Kittel erkundigt sich, warum es notwendig sei, Räume für das Familien- und Bildungsbüro anzumieten und ob es nicht möglich wäre, städtische Räume hierfür zu nutzen.

Frau Aibel, erläuterte hierzu, dass das Konzept zum Familien- und Bildungsbüro aus einem Auftrag des Jugendhilfeausschusses im Dezember resultiere. Es wäre gewünscht worden, eine möglichst kostengünstige aber auch zentrale Lage zu finden. Zum derzeitigen Zeitpunkt gäbe es leider keine gangbare Alternative, als die in der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Räumlichkeiten. Die Miete läge deutlich unter dem Preis, der üblicherweise für diese Lage auf dem freien Markt gezahlt werden müsste. Die vorgeschlagene Lösung sei als mittelfristige Lösung geplant, um zeitnah einzusteigen und das Familien- und Bildungsbüro zu realisieren. Mittelfristig müsste der Standort überdacht werden.

Herr Bosbach erwiderte darauf, dass er in der Tat über die Höhe der Miete überrascht gewesen sei. Dennoch habe er Bedenken bezüglich der Lage in der 2. Etage über dem Alten Meldeamt. Er stelle sich die Erreichbarkeit für eine Mutter mit Kinderwagen sehr schwierig vor. Seine Fraktion glaube nicht, dass dies sehr attraktiv sei.

Frau Aibel wies darauf hin, dass es sicherlich richtig sei, dass diese Lage nicht so optimal sei, wie z. B. ein Ladenlokal, welches man ebenerdig und barrierefrei aufsuchen könnte. Ein solches Ladenlokal sei jedoch in einer 1 a- bis 1 b-Lage finanziell nicht zu realisieren. Darüber hinaus habe man feststellen können, dass sich im Cafe Extrablatt zahlreiche junge Mütter mit Kinderwagen trafen, insofern stellten die ersten Stufen in das Gebäude hinein, kein so großes Hindernis dar. Es spräche auch für eine Verortung an dieser Stelle, dass sich in dem Gebäude bereits junge Familien trafen, zudem gäbe es einen Aufzug.

Frau Lewe teilte mit, dass sie ebenfalls Bedenken wegen der Miethöhe habe, ansonsten stehe sie hinter dem Familien- und Bildungsbüro. Darüber hinaus gab sie zu bedenken, dass, würde man städtische Räume nutzen können, dort Reinigungspersonal bereits vorhanden wäre.

Die CDU-Fraktion teile ebenfalls diese Bedenken, führte Herr Dr. Lipski aus, es solle abgewartet werden, was die externe Prüfung sage.

---

Frau Gronemeyer drückte ihr Unverständnis darüber aus, die Einrichtung des Familienbüros in Frage zu stellen, man habe schließlich für 70.000 € einen Familienbericht mit Ergebnissen vorliegen. Jetzt müsse gehandelt werden.

Sie könne die vorgetragenen Bedenken verstehen, führte Frau Aibel aus, dennoch wolle sie noch einmal darauf hinweisen, dass es mit diesem Konzept gelungen sei, ein innovatives Projekt mit einem hohen Mehrwert für Familien zu realisieren, welches personalkostenneutral gefahren werden könnte.

Herr Gatzke betonte noch einmal, dass der Ausschuss, den Beschluss gefasst habe, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Das Büro könne mit relativ überschaubaren Kosten realisiert werden. Er schlage vor, den Beschluss zu erweitern mit dem Satz, eine weitere räumliche Alternative zu suchen.

Herr Burchartz ergänzte, es hätte eine lange Zeit gegeben, in der junge Eltern zu wenig Unterstützung bekommen hätten, deshalb solle der Ausschuss ja sagen, auch wenn man haushaltsmäßig nicht gut da stünde, es seien bereits 70.000 € investiert worden und jetzt solle man auch die weiteren Schritte ermöglichen.

Herr Bosbach bestätigte, dass man mit dem Vorschlag von Herrn Beig. Gatzke einverstanden wäre und erkundigte sich danach, ob auch das Bildungspaket der Bundesregierung ein Thema für das Familien- und Bildungsbüro sein könnte.

Frau Aibel antwortete darauf, dass die Aufgaben derzeit vom Kreis übernommen würden und es zum jetzigen Zeitpunkt unklar sei, ob der Kreis die Aufgaben auf die Kommunen delegieren würde. Das Amt für Jugend, Schule und Sport habe großes Interesse, diese Aufgaben im Familien- und Bildungsbüro anzusiedeln. Die Familien könnten dort gut beraten werden und gleichzeitig würde dies eine zusätzlich Frequentierung des Büros bedeuten. Dies sei aber nur möglich, sofern dies rechtlich auch so umgesetzt werden könne.

Herr Vorsitzender Schneller ergänzte den Beschluss durch den Zusatz: „Die Verwaltung wird beauftragt nach kostengünstigeren und barrierefreien Räumlichkeiten zu suchen“.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung eines Familien- und Bildungsbüros gemäß dem beigefügten Konzept.

Die Verwaltung wird beauftragt nach kostengünstigeren und barrierefreien Räumlichkeiten zu suchen.

Über die Bereitstellung der finanziellen Mittel ist im Rahmen der Haushaltsplanberatung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

---

12 "Trennungs- und Scheidungsberatung" Kontraktanpassung

WP 09-14 SV  
51/111

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärten sich der Vorsitzende, Herr Schneller sowie

---

Herr Bosbach, Herr Wagner und Frau Pütz für befangen.

Unter dem Vorsitz von Frau Kittel wurde der TOP 12 aufgerufen.

Frau Lewe fragte nach, warum die Mittel nicht bereits in die Haushaltsplanberatungen mit aufgenommen worden seien, es sei doch absehbar gewesen, dass diese benötigt würden.

Frau Aubel erklärte hierzu, dass zur Erzielung eines Ergebnisses noch Gespräche erforderlich gewesen wären, deshalb sei eine rechtzeitige Einstellung zu den Haushaltsplanberatungen leider nicht möglich gewesen.

Herr Dr. Lipski bat, die Entscheidung bis die Ergebnisse einer externen Prüfung vorlägen, zu verschieben.

Frau Niederquell teilte mit, dass sie ebenfalls das Gutachten abwarten wolle.

Herr Beig. Gatzke erläuterte hierzu, dass dies bereits Inhalt des jetzigen Beschlusses sei. Mit dem jetzigen Verfahren schaffe man es, die Summe in die Haushaltsplanberatungen aufzunehmen und die Prüfergebnisse des externen Gutachters zu berücksichtigen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt vorbehaltlich einer abschließenden Überprüfung durch den externen Gutachter zur Haushaltskonsolidierung die Erweiterung und Anpassung des Kontraktes.

Über die Bereitstellung der finanziellen Mittel ist im Rahmen der Änderungsliste zu den Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Nein-Stimme ( duH) beschlossen.

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 13 | Bericht Ausbau videogestützter Beratung in der Psychologischen Beratungsstelle | WP 09-14 SV<br>51/103 |
|----|--|-----------------------|
- 

Hierzu gab es keine weiteren Wortmeldungen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Ausbau videogestützter Beratung in der Psychologischen Beratungsstelle zur Kenntnis.

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 14 | Bildungsnetzwerk Hilden; hier: Konzept zur Förderung besonders begabter Kinder | WP 09-14 SV<br>51/107 |
|----|--|-----------------------|
- 

Frau Reuter erkundigte sich, ob es zu diesem Projekt eine Landesförderung gäbe.

Frau Aubel antwortete, dass dies geprüft worden sei und derzeit keine Fördermög-

---

lichkeiten bekannt seien. Im Laufe des Projektes solle versucht werden, für dieses Projekt Sponsoren zu finden

Frau Kittel begrüßte die Sitzungsvorlage. Es sei sehr wichtig, dass das Projekt zeitnah den Kindern nutze. Sie erkundigte sich danach, ob langfristig vorgesehen sei, dass auch ältere Kinder davon profitierten oder ob es nur für Kinder und Grundschulkinder gedacht wäre.

Frau Aabel erläuterte, dass an erster Stelle die jüngeren Kinder davon profitierten. Mit diesem ersten Schritt wolle man in das Thema einsteigen und Erfahrungen sammeln. Eine Ausdehnung auf den Bereich der weiterführenden Schulen sei aber mittelfristig vorgesehen.

Herr Burchartz führte aus, dass das Projekt nicht daran scheitern dürfe, dass einige im Augenblick nicht davon profitierten. Vielleicht wäre es möglich Sponsoren zu finden. Man hätte ja auch eine Sport- und Kulturstiftung, die auch etwas dazu beisteuern könnte, um begabte Kinder zu fördern.

Herr Rädisch unterstützte das Vorhaben, auch die weiterführenden Schulen in das Programm einzubauen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn dies frühzeitig verzahnt werden würde. Seine Bitte wäre, dies recht bald zu tun.

Herr Klausgrete machte darauf aufmerksam, dass ein Sponsoring aus der Sport- und Kulturstiftung nicht möglich sei, da die Inhalte nicht dem Stiftungszweck entsprächen.

Frau Kittel ergänzte, dass der Leidensweg dieser Kinder durchaus bekannt sei. Sie bat darum, die Kosten zu bedenken und diese rechtzeitig für das nächste Jahr in den Haushalt einzustellen.

Abschließend führte der Vorsitzende Herr Schneller aus, dass ein Bericht über die Pilotphase dieses Projektes für den 24.11.2011 vorgesehen sei und man dann rechtzeitig den Bedarf für 2012 errechnen könne.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Konzept zur Förderung besonders begabter Kinder innerhalb des lokalen Bildungsnetzwerks „Bildungsstadt Hilden“ zunächst für die Dauer der Pilotphase.

Die Auswertung der Pilotphase wird dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 24.11.2011 zur Kenntnis gebracht.

Über die Bereitstellung der zusätzlichen finanziellen Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatung entschieden.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen.

- |    |   |                       |
|----|---|-----------------------|
| 15 | Abschlussbericht zum Projekt ".lernTUMdenken" - Migration und Teilhabe;<br>Europäisches Jahr 2010 - gegen Armut und soziale Ausgrenzung | WP 09-14 SV<br>51/095 |
|----|---|-----------------------|
- 

Es wurde der Film aus dem Projekt „lernTUMdenken“ Islam Open Mind – Aktionstage an Hildener Schulen präsentiert.

---

Frau Aubel ergänzte hierzu, dass sie diesen Film und die verteilten Materialien noch einmal in einen Gesamtzusammenhang stellen wolle. Das eben Gesehene, sei ein Ausschnitt aus der Veranstaltung Islam Open Mind an der Theodor-Heuss-Schule. Dieses Modul stellte neben Lehrerfortbildungen, interkultureller Beratung etc. einen Baustein des Gesamtprojektes dar. Die Rückmeldungen aller Beteiligten seien sehr positiv gewesen.

Herr Bosbach führte aus, dass er diese Arbeit für sehr wichtig halte und erkundigte sich, ob der Jugendhilfeausschuss auch weiter über die Arbeit in diesem Feld unterrichtet würde.

Frau Aubel berichtete, dass die Herausgabe eines Geschäftsberichtes angedacht sei, um den Ausschuss über alle Entwicklungen im Fachamt auf dem Laufenden zu halten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlussbericht über das Projekt „lernTUMdenken“- Migration und Teilhabe, das im Rahmen des EU-Jahres 2010 (gegen Armut und soziale Ausgrenzung) vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wurde, zur Kenntnis.

- |    |  |                       |
|----|--|-----------------------|
| 16 | Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen /Schulhöfen im Stadtgebiet 2011<br>hier: Unterlage nach §14 GemHVO | WP 09-14 SV<br>66/066 |
|----|--|-----------------------|
- 

Frau Niederquell führt aus, dass es ihre Fraktion begrüßen würde, wenn die Verwaltung den Bedarf eines jeden Spielgerätes darstellen könne und nicht alles neu gemacht werden müsste.

Es sei nicht so, erläuterte Herr Hendrichs von Amt IV/66, dass grundsätzlich alle 10 Jahre alle Spielgeräte ausgetauscht würden, die aufgeführten Spielgeräte seien zum Teil sogar älter. Der Bauhof kontrolliere wöchentlich die Spielgeräte und 1 bis 2 mal jährlich die Fundamente der Geräte. Der objektive Eindruck, den ein Spielgerät mache, sei nicht ausschlaggebend. Auf der Liste stünden nur Spielgeräte, die nach mehrfachen Prüfungen als nicht mehr in Ordnung einzustufen seien. Das Traum Schloss am Warringtonplatz sei eines der intensivst genutzten Spielgeräte in Hilden. Es sei in sich nicht mehr stabil. Es müsse verhindert werden, die Spielgeräte von heute auf morgen außer Betrieb nehmen zu müssen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen und Schulhöfen im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 78.400 € (Schulhöfe und Kindergärten) und 145.000€ (Spielplätze) zu.

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Nein-Stimme (duH) beschlossen.

- 17 Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes WP 09-14 SV  
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 66/054
- 

Frau Gronemeyer erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einem Mehrgenerationenspielplatz. Es ginge hierbei darum, die Bewegungsfreude von Heranwachsenden, erwachsenen Menschen und aktiven Seniorinnen und Senioren in Gang zu setzen und zu unterstützen. Im Gegensatz zu Fitness-Studios würden diese Geräte den Nutzern kostenfrei zur Verfügung stehen. Eine Anschaffung solcher Sportgeräte wäre für die sportfreudige Stadt Hilden ein Gewinn.

Herr Burchartz erwiderte hierauf, dass man die Kinderspielplätze den Kindern lassen solle und den älteren Menschen ihre Plätze.

Herr Bosbach führte aus, dass man nicht glaube, dass das Aufstellen von 2 oder drei Sportgeräten attraktiv sei und seine Fraktion dafür keine Mittel bereit stellen wolle.

Frau Gronemeyer unterstrich noch einmal, dass es um die Bewegungsfreude und den Spaß an der Gesundheit gehe. Die Sportgeräte seien auf die Zielgruppe abgestimmt.

Herr Wagner schlug vor, die Krankenkassen, die vielleicht ein Interesse daran hätten, als Sponsoren mit ins Boot zu holen.

**Beschlussvorschlag:**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme (Bündnis 90/Die Grünen) und 2 Enthaltungen (Frau Pütz/Herr Wannhoff), wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

- 18 Förderung der Jugendarbeit im Hildener Osten - Antrag der FDP- WP 09-14 SV  
Fraktion vom 1.12.2010 51/101
- 

Der Vorsitzende, Herr Schneller, erkundigte sich, ob sich dieser Antrag erledigt habe. Frau Reuter bestätigte dies und zog den Antrag zurück.

- 19 Verbreitung von Freizeitmöglichkeiten in Hilden: Antrag der FDP WP 09-14 SV  
Fraktion vom 1.12.2010 51/102
- 

Frau Kittel teilte mit, dass sie dem Antrag nicht zustimmen werde, da Jugendliche sich fast ausschließlich über das Internet informierten.



---

stein im Bereich der Hildener Frühen Hilfen dar. Über die weitere Entwicklung wird der Ausschuss informiert werden.

## 22 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

### 22.1 Antrag der SPD-Fraktion

Herr Böhm reichte den der Niederschrift beigefügten Antrag ein.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Hans-Werner Schneller  
Vorsitzender

Kirsten Max  
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele  
Bürgermeister

Reinhard Gatzke  
Beigeordneter